

Die richtigen Schlüsse ziehen

Kommentar zur weltweiten Finanzkrise

Mit dem Bankensystem gerät der gesamte Kapitalismus in Verruf. Nun gilt es, ihn zu retten, statt ihn zu verdammen.

Kritiker marktliberaler Reformen fühlen sich durch die Krise der Finanzmärkte und die daraus entstehenden Probleme für die Weltwirtschaft bestätigt: Die Krise des Weltfinanzsystems ist für sie der Beleg dafür, dass Hartz IV ein Fehler war. Die stärkere Betonung der Eigenverantwortung des Einzelnen ist für sie nichts anderes als der dreiste Versuch, dem zerstörerischen Turbokapitalismus den Weg zu ebnen. Vertreten werden diese Ansichten von Menschen, die schon immer gegen mehr Wettbewerb waren. Sie wittern nun Morgenluft und warten auf den Tag der Revanche. Einen Zusammenhang zwischen den Schröderschen Reformen und der positiven wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland wollen sie nicht erkennen. Marktwirtschaft und ein freier Wettbewerb sind für sie mehr denn je Teufelswerk. Der dramatische Kurssturz an den Börsen, der Zusammenbruch von Banken und Konzernen – für viele Systemkritiker ist das eine Genugtuung. Das Versagen einiger Manager löst bei ihnen Schadenfreude aus. Dass von der aktuellen Krise auch und gerade der so oft beschworene „kleine Mann“ betroffen ist, tritt dabei in den Hintergrund.

Doch die Deutung der Linken darf nicht unerwidert stehen bleiben. Natürlich darf es kein reines „weiter so“ geben. Doch es kommt entscheidend darauf an, dass wir aus der aktuellen Krise die richtigen Schlüsse ziehen. Fakt ist: Nicht nur Manager und Investmentbanker haben Fehler gemacht, auch der Staat hat seinen Anteil am Entstehen der Weltfinanzkrise. Denn auch die Politiker ließen sich vom neoliberalen Zeitgeist mitreißen. Sie konnten sich nicht auflehnen gegen das lange Zeit so coole angelsächsische Finanzcasino, waren nicht imstande, den Exzessen des Marktes Einhalt zu gebieten.

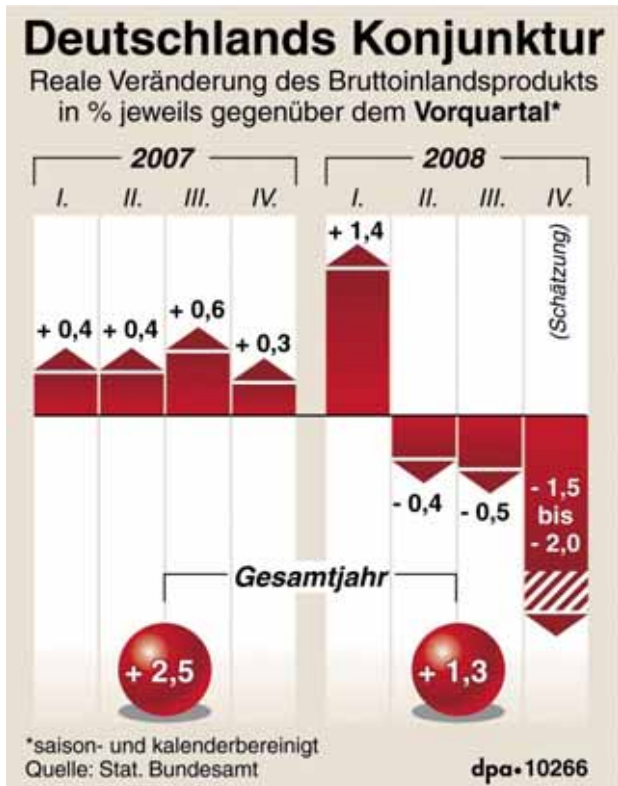
Die große Gefahr besteht darin, dass das Pendel nun in die andere Richtung ausschlägt. Die These, dass sich die Marktwirtschaft überlebt hat, stößt auf wachsenden Zuspruch, linkes Gedankengut erlebt eine gewisse Renaissance.

Ludwig Erhard und der starke Staat

Tatsächlich ist der Kapitalismus in der Legitimationskrise, wenn die Banken wanken und viele Bürger diesseits und jenseits des Atlantiks Angst um ihr Erspartes haben. Wieder einmal hat er die ihm innewohnende Tendenz unter Beweis gestellt zu überdrehen und sich dadurch selbst zu bedrohen. Darin liegt die Dialektik des Systems: Die Dynamik des Kapitalismus ermöglicht gewaltige Innovationen und Wohlstandssprünge – aber sie kennt kein natürliches Ende, bevor das zerstörerische Element das schöpferische überwiegt. Das wusste auch Ludwig Erhard, der Vater der sozialen Marktwirtschaft. Er entwickelte den Ordoliberalismus, demzufolge der Staat mit strengen Regeln das Funktionieren der Märkte sichern und die Menschen vor existenziellen Risiken bewahren soll. So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig. Das ist der Leitspruch der sozialen Marktwirtschaft. Wobei Markt nicht als Selbstzweck verstanden wird, sondern als Chance auf neuen Wohlstand für möglichst viele.

Allerdings verlangt dieser Ansatz nicht nur den Mut zu wirtschaftlicher Freiheit, sondern auch einen wahrhaft starken Staat. Keinen besonders großen Staat, aber einen Staat, der gegenüber der Wirtschaft Distanz wahrt und sich gegen wettbewerbsfeindliches Verhalten durchzusetzen weiß. Das würde heißen, die Agenda 2010 weiter zu entwickeln und sie nicht einfach rückgängig zu machen. Nur so können wir die Krise überwinden und mit dem nächsten Aufschwung weiter in Richtung Vollbeschäftigung marschieren. Die Lehre aus der großen Privatisierungswelle lautet auch nicht, dass der Staat nichts mehr verkaufen darf oder gar das Verkaufte zurückerwerben sollte. Vielmehr sollte er sich künftig nur aus einer Position der Stärke von Volksvermögen trennen – und nicht, wenn die Käufer ihm die Konditionen diktieren können.

Am meisten Korrekturbedarf gibt es bei den Regeln für das Finanzwesen. Gesetze gegen die aktuellen Eskapaden alleine reichen nicht aus, weil sie neues Fehlverhalten nicht verhindern können. Wenn die Wirtschaft wieder boomt, wollen die Politiker nicht die Spielverderber sein, zumal dann auch die



Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat Deutschland im vierten Quartal voll erfasst. Nach ersten vorläufigen Schätzungen sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den letzten drei Monaten 2008 um 1,5 bis 2,0 Prozent.

Steuern wieder reichlich fließen. Eine Lösung dieses Dilemmas könnte deshalb sein, wirklich unabhängige Gremien zu bilden, deren Risikoanalyse für die Bankaufsicht verbindlich ist. Und antizyklische Regeln: Spanien zum Beispiel schreibt seinen Banken vor, dass sie im Boom mehr Kapital zurücklegen müssen als in der Flaute. Auch deshalb sind die iberischen Geldinstitute bislang besser durch die Krise gekommen als andere. Außerdem mussten in Spanien zockende Sondergesellschaften der Banken ausreichend mit Kapital ausgestattet werden, anders als zum Beispiel in Deutschland.

Das alles geht freilich nicht, wenn die Gegenbewegung von Revanchismus getragen wird; wenn es vor allem darum geht, den reichen Bankern eine Lehre zu erteilen, statt das System dynamisch und stabil zugleich zu machen; wenn die Reformpolitik zurückgedreht werden soll, statt sie vernünftig weiter zu entwickeln; wenn statt der früher tonangebenden Wirtschaftslobbyisten nun eine andere Seite das Sagen haben soll.

In der ökonomischen Debatte hat sich Deutschland bisher nicht als besonders differenzierungsfähig erwiesen. Viele öffentliche Reaktionen auf die Finanzkrise sind nicht gerade ermutigend. Das muss sich rasch ändern – auch und gerade in den anstehenden Wahlkämpfen. Sonst sind uns andere Länder bald wieder voraus, die Skandinavier etwa, die es wagen, pragmatische Wege zu mehr Arbeit, Gerechtigkeit, Wohlstand und Sicherheit zu beschreiten.

Dr. Martin Reißig

Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der KZVB